



Nr. 36

29. September 2016

Inhalt

[Eigenthaler: Personalmangel in der Finanzverwaltung gefährdet Steuergerechtigkeit+++](#)

[Bundesbeihilfeverordnung: Sinnvolle Weiterentwicklungen+++](#)

[Regelungsvielfalt als Chance für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst nutzen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Gewalttätige Fußball-Rowdies gehören nicht ins Stadion+++](#)

[Neuer Vorstand gewählt - VRB jetzt mit Doppelspitze+++](#)

[DPVKOM: Schluss mit ständigen Telekom-Umstrukturierungen+++](#)

[„Deutscher Lehrpreis 2016“ in Berlin verliehen+++](#)

[BDF begrüßt geplanten Gesetzentwurf zugunsten des Waldes+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Eigenthaler: Personalmangel in der Finanzverwaltung gefährdet Steuergerechtigkeit

(dbb) Anlässlich des von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) ausgerufenen „Tag der Steuergerechtigkeit – Gemeinsam.Zukunft.Steuern“ am 28. September 2016 hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass eine personell gut aufgestellte und mit moderner EDV ausgerüstete Finanzverwaltung für einen funktionierenden sozialen Rechtsstaat unverzichtbar sei. „Steuergerechtigkeit fällt nicht einfach so vom Himmel“, so der dbb-Vize, der auch Bundesvorsitzender der DSTG ist, in Berlin.

Notwendig seien zum einen verständliche und einfache Steuergesetze mit wenig Ausnahmen, so dass beim Bürger erst gar nicht das Gefühl aufkomme könne, gegenüber dem Nachbarn benachteiligt zu werden. Steuerschlupflöcher, Steuerflucht oder gar kriminelle Steuerhinterziehung seien hingegen Gift für die Steuermoral und das Rechtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Aber auch der chronische Personalmangel in den Finanzämtern, wo bundesweit im Schnitt 20 Prozent des notwendigen Personals fehlten, führe direkt in die Steuergerechtigkeit. „Personalmangel hat zwingend Steuergerechtigkeit zur Folge“, so die Einschätzung des Steuerexperten und Gewerkschaftsvorsitzenden: „Wir können uns dann nicht ausreichend um die kümmern, die sich in die Büsche schlagen oder um diejenigen, die die in Deutschland erzielten Gewinne durch undurchschaubare Vertragskonstrukte ins Niedrigsteuer-Ausland transferieren.“

Allein durch kriminelle Steuerhinterziehung gingen dem Staat Jahr für Jahr rund 50 Milliarden

den Euro verloren. Dieses Geld fehle dann für dringend notwendige Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit, für die Ausrüstung der Polizei und für vieles andere mehr. Die Finanzverwaltung in Deutschland müsse daher gestärkt werden. „So wie die Polizei unverzichtbar ist für innere Sicherheit, so ist die Finanzverwaltung unverzichtbar für Steuergerechtigkeit.“ Zudem erinnerte Eigenthaler daran, dass die rechtstreuen Steuerzahler für die fehlende Steuergerechtigkeit am Ende aufkommen müssen. „Wir stehen als Berufsstand an der Seite aller ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und sorgen damit auch für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen“, so Eigenthaler.

Mit ihrem zum zweiten Mal durchgeführten Aktionstag will die Deutsche Steuer-Gewerkschaft auf die nachhaltigen negativen Konsequenzen für das Gemeinwesen hinweisen, wenn beschlossene Steuern nicht vollständig erhoben werden.
(01/36/16)

Bundesbeihilfeverordnung: Sinnvolle Weiterentwicklungen

(dbb) Bei dem Beteiligungsgespräch zur 7. Änderung der Bundesbeihilfeverordnung am 21. September 2016 im Bundesministerium des Innern in Berlin hat der dbb wesentliche Inhalte als sinnvoll begrüßt.

Der Referentenentwurf sieht unter anderem die wirkungsgleiche Übertragung der Änderungen im Bereich der Pflege, insbesondere durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) auf Bundesbeamte vor. Weiter soll die Bundesbeihilfeverordnung an die aktuelle Rechtsprechung angepasst werden. Dies beinhaltet eine teilweise Neuordnung des Aufbaus der Vorschrift. Auch soll die Rechtssicherheit durch direkte Einbeziehung von Teilen der entsprechenden Verwaltungsvorschrift erhöht werden, wie zum Beispiel in Bezug auf das Heilkurorte-Verzeichnis.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra wertete die Änderungen als „sinnvolle Weiterentwicklungen für Beamte und Versorgungsempfänger im Bereich des Bundes. Sie bieten ein gutes Muster auch für anstehende Übertragungen - besonders im Bereich der Pflege – in den Ländern.“
(02/36/16)



Regelungsvielfalt als Chance für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst nutzen

(dbb) Zehn Jahre nach der ersten Föderalismusreform in Deutschland hat die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer in einem politischen Podiumsgespräch mit der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, und der Vorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion rheinland-pfalz Lilli Lenz am 17. September 2016 in Mainz Bilanz gezogen.

"Bundesweit - von Rheinland-Pfalz über Berlin bis Schleswig-Holstein und im Bund - bestehen 17 verschiedene Herangehensweisen, wie Gleichberechtigung der Geschlechter weiter vorangebracht werden kann und soll. Diese Regelungsvielfalt führt im öffentlichen Dienst an verschiedenen Stellen zu neuen Ungleichheiten", warnte Wildfeuer. Deutlich werde dies etwa bei der systemgerechten Übertragung der sogenannten Mütterrente auf den Beamtenbereich, die bisher nur in Bayern erfolgt sei. Darüber hinaus seien Beurteilungs- und Beförderungspraktiken nach wie vor anfällig für geschlechterbedingte Diskriminierung, die vor allem zu Lasten von in Teilzeit beschäftigten Frauen ginge. "Präsenz wird nach wie vor als Leistungsfaktor gewertet.

Damit steht auch das Prinzip der konsequenten Beförderung nach Leistung als Grundstock der Dienstrechtsreform zur Disposition", stellte Wildfeuer fest. Sie rief die Dienstherren in Bund und Ländern auf, "die föderale Regelungsvielfalt als Chance für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst zu nutzen".

Dass Frauen und Männer gleiche Chancen haben, ist für Lilli Lenz ebenfalls ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. "Aber 'Kostenneutralität' als Leitprinzip staatlichen Handelns verträgt sich nicht damit. Gleichstellung in der Arbeitswelt gibt es nicht umsonst - auch nicht im öffentlichen Dienst. Das muss beim Zuschnitt der Haushalte von Land und Kommunen unbedingt beachtet werden", forderte die dbb-Landesvorsitzende. "Der demografische Wandel zwingt dazu, dass wir uns mehr und besser gerade auch um qualifizierte Frauen bemühen", so Lenz.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer unterstrich: "Rheinland-Pfalz hat die seine Gesetzgebungskompetenz genutzt, um durch eine Vielzahl von Regelungen eine diskriminierungsfreie Personalpolitik voranzubringen. Die wesentlichen Änderungen zur Erreichung des Ziels sind in der Neufassung des Landesgleichstellungsgesetzes verankert." (03/36/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Gewalttätige Fußball-Rowdies gehören nicht ins Stadion

(dbb) „Das ist das richtige Signal an rücksichtslos handelnde Fußballfans, endlich mit dem gefährlichen Unfug aufzuhören.“ Mit diesen Worten kommentierte Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, am 26. September 2016 das Urteil des Bundesgerichtshofes, mit dem der BGH die Schadensersatzpflicht eines Zuschauers gegenüber dem Verein bejaht hat.

Der Beklagte hatte während eines Heimspiels des 1. FC Köln im Stadion einen Knallkörper gezündet, diesen vom Ober- in den Unterrang geschleudert, wo er detonierte und sieben Zuschauer verletzte. Auch aufgrund weiterer vier Vorfälle, die diesem Sachverhalt an anderen Spieltagen vorausgegangen waren, verhängte das Sportgericht des DFB eine Verbandsstrafe in Form einer Geldstrafe in Höhe von 50.000 Euro sowie eine Bewährungsauflage, weitere 30.000 Euro für Projekte und Maß-

nahmen zu verwenden, gegen den 1. FC Köln. Der Verein verlangte daraufhin 30.000 Euro von dem beklagten Fußballrowdy. Zu Recht, wie der BGH jetzt urteilte.

Das Urteil zielt nicht nur auf derart gravierende Rechtsverstöße, sondern ist auch auf geringere Sachverhalte anwendbar: Der Bundesgerichtshof hat damit entschieden, dass jeden Zuschauer die Verhaltenspflicht trifft, die



Durchführung des Fußballspiels nicht zu stören.

„Ich wünsche mir ein solches Urteil auch gegen gewalttätige Fans, die bei der An- oder Abreise Sachen zerstören oder beschädigen und unbeteiligte Menschen oder Polizeibeamte verletzen“, erklärte Walter. „Und ich wünsche mir vor allem ein noch konsequenteres Vorge-

hen der Vereine gegen solche Straftäter, die derzeit immer noch in die Stadien gelassen werden.“ Solange Pöbeleien, Drohungen und Beleidigungen gegenüber Polizeibeamten weiterhin von einzelnen Vereinen toleriert werden, werde es nicht gelingen, die Gewalt in den und um die Stadien herum einzudämmen. (04/36/16)

Neuer Vorstand gewählt - VRB jetzt mit Doppelspitze

(dbb) Zu neuen Vorsitzenden des Vereins der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) sind am 26. September 2016 in Leipzig Diana Böttger und Matthias Stolp gewählt worden. Damit stehen erstmals in der Vereinsgeschichte zwei Personen an der Spitze des Berufsverbandes. „Mit der paritätisch besetzten Doppelspitze haben wir die verbandspolitische Kernforderung des VRB nach einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf, Familie und ehrenamtlichem Engagement sowie nach mehr Frauen in Führungspositionen in unserer eigenen Struktur umgesetzt“, sagte Böttger in der Mitgliederversammlung. Stolp ergänzte, aufgrund der Arbeitsteilung verspreche man sich einen Qualitätszuwachs bei der Erledigung der Führungsaufgaben und gleichzeitig eine Entlastung. „Wir freuen uns, gemeinsam die engagierte und erfolgreiche Verbandspolitik des VRB fortzusetzen“, so Stolp.

Stolp war bislang Vorsitzender, Böttger Geschäftsführerin des VRB. Der Wahl der Doppelspitze war die dafür notwendige Satzungsänderung vorausgegangen. Damit wurde auch geregelt, dass die Frauenbeauftragte und der Seniorenvertreter künftig stimmberechtigte Mitglieder des Gesamtvorstandes sind.

Gruppenbild der Neugewählten (v.l.n.r.): Karin Theil, Yvonne Spengler, Sylke Dietrich, Heinrich Hellstab, Diana Böttger, Kurt Sperling und Matthias Stolp (es fehlen: Katja Maßenberg und Matthias Schüller). (05/36/16)

DPVKOM: Schluss mit ständigen Telekom-Umstrukturierungen

(dbb) Die ständigen Organisationsveränderungen bei der Deutschen Telekom verunsichern die Beschäftigten. Das stellte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 23. September 2016 nach der von der Deutschen Telekom bekanntgegebenen Neuausrichtung im Bereich des Kundendienstes fest. „Damit die Mitarbeiter eine gute Arbeit machen und sich auf den Kunden konzentrieren können, muss nun endlich einmal Ruhe in den Konzern einkehren. Es muss Schluss sein mit den ständigen Umstrukturierungen.“

Nach dem Willen des Unternehmens sollen Bereiche des Kundenservices zusammengelegt werden, die bislang getrennt voneinander agierten. Von dieser Organisationsveränderung sind bundesweit rund 15.000 Telekom-Mitarbeiter betroffen. Geyer: „Grundsätzlich begrüßen wir natürlich Verbesserungen im Kundendienst. Die können jedoch nur dann erzielt werden, wenn das Unternehmen genügend Personal dafür bereitstellt.“

In den Verhandlungen und Gesprächen über die konkrete Umsetzung der neuen Unterneh-

mensstruktur wird sich die DPVKOM dafür einsetzen, dass die Mitarbeiter keine Nachteile erleiden, kündigte Geyer an. Es dürfe keine Standortschließungen und Lohneinbußen für die Beschäftigten geben. Dessen ungeachtet erwarte die DPVKOM von der Deutschen Telekom, dass sie neue Geschäftsfelder erschließt, mit denen Arbeitsplätze im Konzern gesichert und neue Stellen geschaffen werden können. (06/36/16)



„Cyber-Grooming“- Mangelhafte Ausstattung ist unterlassene Hilfeleistung

(dbb) „Damit Kinder Gefahren im Internet kennen und diese nicht unterschätzen, brauchen sie ausreichend Medienkompetenz. Prävention kann jedoch nur gelingen, wenn die Schulen und Lehrkräfte endlich ausreichend ausgestattet werden“, stellte Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, anlässlich des Themenabends zu „Cyber-Grooming“ am 28. September 2016 in der ARD fest.

Neben den Eltern seien die Lehrkräfte wichtige Vermittler für Medienkompetenz. „Ausgestattet sind sie dafür nicht.“ In einer im Januar 2016 von VBE, Bitkom und Learntec veröffentlichten repräsentativen Studie wurde deutlich, wie schlecht es um die Ausrüstung mit digitalen Geräten steht. Demnach gebe es an den Schulen nach Ansicht der befragten Lehrkräfte zu wenig PCs, Notebooks und Tablets. Nur rund jeder vierte Lehrer (28 Prozent) sagt, die Verfügbarkeit dieser Geräte in Relation zur Schülerzahl sei „sehr gut“ oder „gut“. Jeder Dritte (37 Prozent) bewertet die Ausstattung dagegen nur als „befriedigend“ oder „ausrei-

chend“, fast ebenso viele (34 Prozent) geben die Note „mangelhaft“ oder „ungenügend“.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung erklärte: „Es ist vollkommen unklar, wie auf dieser Basis Schülerinnen und Schüler die notwendigen digitalen Kompetenzen erlangen sollen. Hier ist die Politik in der Pflicht. Solange die Politik Aufklärung einfordert, aber die notwendige Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software und die Gewährleistung von Wartung verweigert, ist das unterlassene Hilfeleistung durch den Staat.“ (07/36/16)

„Deutscher Lehrpreis 2016“ in Berlin verliehen

(dbb) Die Gewinnerinnen und Gewinner des diesjährigen bundesweiten Wettbewerbs „Deutscher Lehrpreis – Unterricht innovativ“ - insgesamt 16 Lehrerinnen und Lehrer sowie sechs Pädagogen-Teams aus zehn Bundesländern – wurden am 26. September 2016 in Berlin ausgezeichnet. Rund 4.500 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte beteiligten sich in diesem Jahr an dem Wettbewerb, der seit 2009 jährlich von der Vodafone Stiftung Deutschland und dem Deutschen Philologenverband (DPHV) durchgeführt wird.

KMK-Präsidentin Claudia Bogedan, Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen, sagte: „Der Lehrpreis macht deutlich, wie engagiert unsere Lehrkräfte in Deutschland sind. Und das ist auch dringend notwendig und wichtig, denn angesichts der Integration der Flüchtlingskinder ins Regelschulsystem stehen uns noch immense Aufgaben bevor. Inzwischen haben wir auch gute Rahmenbedingungen, denn in allen Bundesländern sind zusätzliche Lehrkräfte eingestellt worden, nicht nur für Deutsch als Zweitsprache, sondern auch für den Regelschulbetrieb. Jedoch brauchen wir noch mehr Lehrkräfte und das schnell.“

Im Bereich „Schüler zeichnen Lehrer aus“ wurden 16 besonders engagierte Lehrkräfte von Schülerinnen und Schülern der diesjährigen Abschlussklassen nominiert. Dabei gingen vier Auszeichnungen nach Nordrhein-Westfalen, drei nach Baden-Württemberg, je zwei nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie je eine nach Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz.

In der zweiten Kategorie des Wettbewerbs, „Lehrer: Unterricht innovativ“, reichten auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Lehrer-Teams aus ganz Deutschland innovative und fächerübergreifende Unterrichtsprojekte ein. Den ersten Preis vergab die Jury an ein Pädagogen-Team vom Friedrich-Gymnasium Freiburg für das Projekt „Smartphones im Unterricht“. In diesem Kooperationsprojekt zwischen den MINT-Fächern des Friedrich-Gymnasiums, der Pädagogischen Hochschule Freiburg und dem EU-Projekt „mascil“ erforschen Schülerinnen und Schüler, wie viel MINT mithilfe mobiler Endgeräte möglich ist. Über 60 Experimente wurden in einer Ausstellung präsentiert und online veröffentlicht. Das Smartphone-Konzept wurde anschließend auf alle Fächer an der Schule erweitert.

Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des DPhV, hob die Bedeutung von Teamarbeit in den ausgezeichneten Unterrichtsprojekten hervor: „Einerseits müssen in den einzelnen Fächern die Wissensgrundlagen gelegt werden, andererseits sollen die Schülerinnen und Schüler anschließend auch erfahren, dass



man heutzutage Herausforderungen und Probleme nur meistern kann, wenn man möglichst viele Aspekte einbezieht. Vernetztes Denken und Handeln üben – dafür eignen sich an der

Schule vor allem von Lehrerteams durchgeführte, fachübergreifende Projekte.“
(08/36/16)

BDF begrüßt geplanten Gesetzentwurf zugunsten des Waldes

(dbb) Am 23. September 2016 hat der Bundesrat entschieden, die Änderung des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) nicht in den Vermittlungsausschuss zu bringen. Die Bundesregierung hatte zuvor zugesichert, die längst überfällige Gesetzesänderung noch in diesem Jahr vorzulegen. Diese positive Entscheidung für den Wald und Forstwirtschaft in Deutschland wurde vom Bund Deutscher Forstleute (BDF) ausdrücklich begrüßt.

Zuvor hatte ein erster Änderungsentwurf bereits breite Zustimmung in der Forstbranche und der Mehrheit der Bundesländer gefunden. In dem Entwurf werde klargestellt, dass der Wald nicht länger ausschließlich wirtschaftlich als "reine Holzfabrik" gesehen werden soll, erklärte der BDF.

„Wir Forstleute freuen uns, dass die Bundesregierung und das zuständige Bundesministerium nun doch ihrer Verantwortung gegenüber

dem Wald und der Forstwirtschaft gerecht werden und wesentliche Teile unserer Arbeit, die gesamtgesellschaftlich relevant sind, von den Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbestimmungen freistellen“, erklärte der BDF-Bundesvorsitzende Ulrich Dohle. Er forderte die Bundesregierung auf, ihrer Zusage "umfassend und zeitnah" nachzukommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen.
(09/36/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Um den digitalen Wandel auch im öffentlichen Dienst menschlich und geschlechtergerecht zu gestalten, ist nach Auffassung der dbb bundesfrauenvertretung die starke Einbindung der Personalvertretungen in die Gestaltungsprozesse von zentraler Bedeutung. „Betriebs- und Personalräte, aber auch Gleichstellungsbeauftragte kennen die Probleme und die Potenziale der Beschäftigten vor Ort. Damit halten sie den Schlüssel für eine geschlechtersensible Arbeitsschutzpolitik und ein vertrauensvolles Personalmanagement in Händen“, unterstrich **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, vor der Hauptversammlung der SBB Frauenvertretung am 26. September 2016 in Dresden.

Zu einem Meinungsaustausch über die jüngsten steuerpolitischen Entwicklungen hat sich der dbb Vize und Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) **Thomas Eigenthaler** am 26. September 2016 in Berlin mit der finanzpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann MdB, sowie Margaret Horb MdB getroffen. Die beiden Parlamentarierinnen waren vor ihrer Tätigkeit im Bundestag unter anderem als Steuerbeamtinnen tätig und kennen die Probleme der Praxis aus eigener Anschauung. So waren etwa die

Reform der Erbschaftsteuer, die Modernisierung des Besteuerungsverfahrens und der „Tag der Steuergerechtigkeit“ Themen des Fachaustausches.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) will in der im Oktober beginnenden Tarifrunde eine Eskalation wie im Jahr 2014/2015 vermeiden, als insgesamt neun Streiks die Republik lahmlegten. „Wir wollen verhandeln, nicht streiken“, sagte **Claus Weselsky**, GDL-Bundesvorsitzender und dbb-Vize, dem "Tagesspiegel" (Ausgabe vom 26. September 2016). „Alle Seiten haben ihre Lehren aus dem letzten Tarifstreit gezogen.“ Die Stimmung bei den Mitgliedern sei zwar „sehr angespannt“, es gebe „viel Unmut, weil die Arbeitsbelastung nicht abgenommen hat“. Aber: „Niemand rührt die Trommel“, sagte Weselsky. Die GDL fordert von der Deutschen Bahn vier Prozent mehr Lohn und eine Verbesserung der Arbeitszeiten und Schichtpläne.

Zum Thema "Neue Herausforderungen im Bildungsbereich - Bildung zwischen Zukunftsgestaltung, Integrationsaufgaben und Fachkräftemangel" haben der Wissenschaftliche Beirat der VDR-Verbandszeitschrift "Realschule in Deutsch-



land" (RiD) und der Geschäftsführende Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) Mitte September bei einer gemeinsamen Fachtagung beraten. Dabei wurde auch der OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick 2016" behandelt, der unter anderem bescheinigt, dass die berufliche Bildung in Deutschland sowohl leistungsstark als auch zukunftsweisend ist. Für den VDR-

Bundesvorsitzenden **Jürgen Böhm** gilt dies insbesondere für die Realschulbildung: "Gerade der Realschulabschluss bietet nicht nur den Absolventen einen optimalen Start ins Berufsleben, sondern ist auch für die deutsche Wirtschaft ein Qualitätsgarant, der die händlerisch gesuchten Fachkräfte von morgen bringt."
(10/36/16)

In eigener Sache: Wechsel in der Redaktion

Ab 1. Oktober 2016 liegt die Redaktion des dbb aktuell in den Händen von Michael Eufinger. Ich bedanke mich für das Interesse in den zurückliegenden über elf Jahren, für verlässliche Zusammenarbeit und kritische Anmerkungen und verbinde dies mit der Bitte, meinen Nachfolger in gleicher Weise zu unterstützen.

Cornelia Krüger
Stellvertretende Pressesprecherin
dbb Kommunikation